

Mitteilung

Bericht des Dezernenten, Herrn Beigeordneten Lünenbach, aus seinem Geschäftsbereich in der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses am 27.11.2025

Herr Beigeordneter Lünenbach informiert den Ausschuss wie folgt:

Beschäftigung von Asylbewerber*innen“

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren am 16.06.2025 wurden bereits erste Schritte der Verwaltung zu den Arbeitsgelegenheiten bzw. „Bildung und Teilhabe Maßnahmen“ (B & T Maßnahmen) sowie die Maßnahmeninhalte für Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten, erläutert.

Nach dieser Sitzung hat der Fachbereich Soziales (Fachbereich 50) einen Workflow zum Thema „Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen nach dem AsylbLG“ erarbeitet. Im Fokus des Prozesses stehen die vorhandenen „B & T Maßnahmen“. Mit allen beteiligten Trägern - JOB Service Beschäftigungsförderung Leverkusen (JSL), Caritasverband, Sozialpsychiatrisches Zentrum (SPZ) - wurden hinsichtlich der Plätze in „B & T Maßnahmen“ Konzeptionierungsgespräche durchgeführt. Personen, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten, sollen stärker einbezogen werden mit dem Ziel, eine höhere Auslastung der vorhandenen Plätze zu erreichen.

Der Fachbereich 50 hat bisher 89 potentielle Teilnehmende identifiziert. Davon wurden 61 Personen erreicht. Unterstützend wurden 16 Personen in das Casemanagement aufgenommen, bei denen eine „B & T Maßnahme“ noch nicht zielführend ist. 26 Teilnehmende haben eine Vereinbarung mit Trägern geschlossen, davon befinden sich bereits 7 Teilnehmende in einer Beschäftigungsmaßnahme. Ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Fachbereich 50 sowie den Maßnahmenträgern und das neu eingeführte Controlling dienen der Optimierung.

Des Weiteren wurde das Thema „Beschäftigung von Asylbewerber*innen“ entsprechend der Beschlusslage (Rat der Stadt Leverkusen vom 17.02.2025) in die Sitzung der Controlling-Gruppe Integrationskonzept im September eingebracht und im Ergebnis eine entsprechende Arbeitsgruppe (AG) zur Steuerung einberufen. Die AG setzt sich zusammen aus Vertretenden von Stadtverwaltung, Trägern, Jobcenter, Flüchtlingsrat und IHK. Sie wird vom Kommunalen Integrationszentrum (KI) moderiert und die Ergebnisse werden über das KI in die Controlling-Gruppe Integrationskonzept eingebracht.

In der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe am 29.10.2025 wurden die Themen Wirksamkeit von Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration und geeignete Zielgruppen bearbeitet, da entsprechend der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen die Ausgangslage bei den Personen unterschiedlich ist. Im weiteren Arbeitsprozess sollen die Zahlen zu den Zielgruppen bzw. Rechtskreisen weiter ausdifferenziert und die bestehenden oder zukünftigen Maßnahmen, die die Beschäftigung bzw. Arbeitsmarktintegration fördern, mit einem Wirksamkeitscontrolling hinterlegt werden.

Diese Informationen sollen Ihnen zunächst einen ersten Überblick geben. In einer der nächsten Sitzungen wird die Verwaltung über den aktuellen Stand informieren.

Controlling / Verträge mit den Trägern

Der Fachbereich 50 führt weiterhin Gespräche mit den Trägern, die Dienstleistungen auf Grundlage von Vereinbarungen und politischen Beschlüssen erbringen. Die Gespräche wurden nach Anzahl der Vereinbarungen und Höhe der finanziellen Volumina priorisiert. Es werden derzeit auch die kleineren Partner der Wirkungsorientierten Steuerung der offenen Seniorenarbeit informiert.

Schwerpunkte der Abstimmungen sind:

- a. Austausch über die erbrachten Dienstleistungen,
- b. Anpassung und Vereinheitlichung der Vertragswerke,
- c. Umsetzung eines einheitlichen Vertragscontrollings nach Themenbereichen, inklusive Information und Einbindung der Träger.

Ab dem 01.01.2026 wird das neue Controllingkonzept umgesetzt und die Erfassung von Dienstleistungen durch die Träger flächendeckend eingefordert. Die Controllingberichte werden halbjährlich an den Fachbereich 50 übermittelt und zweistufig hinsichtlich der Kennzahlen und Wirkung ausgewertet. Ferner finden regelmäßige – in Abhängigkeit der Vertragshöhe – Qualitätsgespräche zu den beauftragten Dienstleistungen statt.

Neubau eines Frauenhauses

Der Ratsbeschluss zum Antrag von SPD und CDU (Nr. 2020/3461) sieht den Neubau eines Frauenhauses mit erweiterten Kapazitäten vor, um dem aktuell hohen Bedarf gerecht zu werden. Derzeit stehen acht Plätze für Frauen und deren Kinder zur Verfügung.

Nach einem vorübergehenden Stopp wurden die Planungen im Juni 2025 wieder aufgenommen. Der Bau wird von der Wohnungsgesellschaft Leverkusen (WGL) projektiert, der Verein „Frauen helfen Frauen“ bleibt Betreiber. Der Standort ist festgelegt, aber aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich. Geplant sind 16 Plätze für Frauen und 16 Plätze für Kinder bei vollständiger Barrierefreiheit.

Die Umsetzung des Projektes wird engmaschig durch den Fachbereich 50 in einer festen Projektstruktur betreut, es erfolgen aktuell stetig moderierte Abstimmungsgespräche mit den Akteuren. Themen sind hier u.a. die Finanzierung und bauliche Bedarfe.

Zielsetzung ist es, die Planungen bzw. formellen Abstimmungen bis Ende 2025 abzuschließen. Anschließend erfolgt die Erstellung des Bauantrages sowie die Stellung entsprechender Förderanträge. Der Baubeginn ist avisiert für 2026, Fertigstellung und Bezug für 2027.

Aktueller Sachstand St. Josef Krankenhaus

Im Rahmen der Konzeption zur Unterbringung von Geflüchteten, wurde in der Vergangenheit beschlossen, dass die Stadt Leverkusen die Anmietung des Objektes „ehemaliges St. Josef Krankenhaus“ vornehmen soll. Hierzu erfolgte eine Vielzahl an Abstimmungen und Gesprächen mit den zuständigen Akteuren (Kplus, Alexianer) sowie mit dem Caritasverband Leverkusen, der eine Übernahme des Objektes anstrebte.

Der Caritasverband hat mit E-Mail vom 25.11.2025 mitgeteilt, dass die zuständige Kirchengemeinde das Objekt „ehemaliges St. Josef Krankenhaus“ mit einem privaten Investor entwickeln wird und es daher nicht mehr für die angedachte Nutzung zur Verfügung steht. Demnach kann die ursprünglich avisierte Nutzung zur Unterbringung von Geflüchteten bzw. besonderen vulnerablen Gruppen (Wohnungslose etc.) nicht umgesetzt werden.

Eine Umsetzung der bestehenden Ratsbeschlüsse zur Nutzung des Objektes durch die Stadt Leverkusen ist daher nicht möglich. Die Verwaltung wird, wie auch bereits im Kontext der Vorlage Sanierung Sandstraße angekündigt, die Konzeption für die Unterbringung überarbeiten und im 1. Quartal 2026 vorstellen.

Projekte zur Vorstellung im Ausschuss – Abfrage für das Jahr 2026

Für die Planung der Sitzungen im Jahr 2026 möchten wir bei Ihnen mögliche Themenwünsche aus dem Ausschuss aufnehmen. Ziel ist es, aktuelle Entwicklungen, Projekte und Partnerinstitutionen gezielt vorzustellen und in den fachlichen Austausch zu gehen.

Seitens der Verwaltung werden folgende Vorschläge gemacht:

- Vorschlag 1: Vorstellung eines oder mehrerer Träger bzw. Partner der Beschäftigungsmaßnahmen (Anknüpfung an die Vorlage „Beschäftigung von Asylbewerber*innen“, Nr. 2025/3199)
- Vorschlag 2: Darstellung der Arbeit der „Kümmerer“ im Bereich Wohnungslosenhilfe
- Zusätzlich: Aktuelle Themen aus den Bereichen Pflege und Seniorenarbeit oder Quartiersarbeit

Dezernat für Bürger, Umwelt und Soziales

03.12.2025